



Deutsche in der Russischen Föderation werden inzwischen zunehmend als Chancengruppe begriffen

Delegationsreise unter der Leitung von Jochen-Konrad Fromme zu Deutschen nach Moskau und Sibirien



Zu politischen Gesprächen im sibirischen Tomsk traf die deutsche Delegation (linke Seite) den deutschstämmigen Gouverneur des Gebietes Tomsk, Dr. Viktor Kress (rechte Seite, Mitte) und die Vizegouverneurin. Die deutsche Delegation von links nach rechts: Stephan Mayer, Klaus Brähmig, Jochen-Konrad Fromme und Dr. Michael Luther.

Zu einer einwöchigen Delegationsreise hielten sich Vertreter der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Leitung von Jochen-Konrad Fromme im Zeitraum vom 20. bis 26. August 2007 in Moskau und Sibirien auf. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Lebenssituation der deutschen

Minderheit in der Russischen Föderation, aktuelle Fragen der deutsch-russischen Beziehungen sowie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

Im Rahmen der Delegationsreise wurden die Russlanddeutschen in Moskau, in der Region Nowosibirsk, im Gebiet Tomsk (**Fortsetzung S. 4**)

INHALT

SEITE 3
UNTERSTÜTZUNG AUS BADEN-WÜRTTEMBERG FÜR ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN BEISPIELGEBEND
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 6
DAS SCHICKSAL DER OPFER VON FLUCHT UND VERTREIBUNG DARF NIEMALS VERGESSEN WERDEN
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

SEITE 6
PROGRAMM ZUR STÄRKUNG DER KULTURELLEN IDENTITÄT DER RUSSLANDDEUTSCHEN IN HERKUNFTSGEBIETEN VEREINBART
Dr. Christoph Bergner

SEITE 7
BECKSTEINS KRITIK AN BENES-DEKRETEN BERECHTIGT
Jochen-Konrad Fromme

Wahlkampf auf polnisch – Beschädigungen im nachbarschaftlichen Verhältnis inbegriffen

Jochen-Konrad Fromme zu den Aussagen der polnischen Regierung zum Kulturgüteraustausch mit Deutschland

Es ist mal wieder Wahlkampfzeit in Polen und da scheint die einzige verbliebene Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ wieder das deutsch-polnische Verhältnis als „Reibebaum“ für sich entdeckt zu haben.

So droht die polnische Regierung jetzt seit einigen Tagen mit umfangreichen Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland für verloren gegangene Kulturgüter, unter dem Vorwand, Ansprüche der deutschen Bundesregierung in dem Bereich abwenden zu wollen. Allerdings ist das Thema von polnischer Seite wieder einmal nur inszeniert, um sich als Hüter vor den „bösen Deutschen“ innenpolitisch profilieren zu können. Richtig ist nämlich, dass weder die Bundesregierung noch der Deutsche Bundestag die von Polen unterstellten aggressiven Forderungen in Bezug auf die kriegsbedingt verlagerten Kulturgüter bzw. Beutekunst erhoben haben.

Richtig ist, dass der Sonderbotschafter Tono Eitel im Auftrag der Bundesregierung seit rund 15 Jahren Gespräche mit seinem jeweiligen polnischen Pendant über die Frage von Pflege und Erhalt sowie Austausch kultureller Schätze der jeweiligen Nation führt. Über diese jahrelangen Verhandlungen hat der Sonderbotschafter jetzt ein Buch veröffentlicht.

Grundlage für dieses Handeln ist Artikel 28 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991. Dort heißt es in Absatz 1, dass die Vertragsparteien bei der Erhaltung und Pflege des europäischen kulturellen Erbes zusammenarbeiten werden und in Absatz 2, sich den aufgrund der geschichtlichen Ereignisse verlagerten Kulturgütern der jeweilig anderen Seite besonders annehmen und zu

ihnen freien und ungehinderten Zugang gewährleisten zu wollen, soweit dies in staatlicher Zuständigkeit geregelt werden kann.

Wörtlich heißt es dann in Absatz 2: „Die Vertragsparteien werden gemeinsam Initiativen in diesem Bereich im Geiste der Verständigung und der Versöhnung verwirklichen.“ Artikel 28 Absatz 3 lautet wörtlich: „Im gleichen Geiste sind die Vertragsparteien bestrebt, die Probleme im Zusammenhang mit Kulturgütern und Archivalien, beginnend mit Einzelfällen, zu lösen.“

Auf dieser moderaten Grundlage hat der deutsche Sonderbotschafter mit seinem polnischen Pendant über viele Jahre Gespräche geführt, die sehr schleppend verlaufen sind, bis die Regierung von Ministerpräsident Kaczynski die Gespräche im Jahr 2005 nach ihrer Amtsübernahme vollends abgebrochen hat.

Es kann also keinesfalls von einem ungehörlichen Auftreten von deutscher Seite gesprochen werden. Vielmehr wird wieder mal von Seiten der PiS-Regierung versucht, das deutsch-polnische Verhältnis zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen.

Ob die Frage des Kulturgüteraustausches oder die Tatsache, dass man den politischen Konkurrenten der Bürgerplattform (PD) landesweit verleumdet, zu „deutschfreundlich“ zu sein; Schaden im deutsch-polnischen Verhältnis wird in Kauf genommen.

Es ist dringend davor zu warnen, in dem zu erwartenden harten Wahlkampf in Polen weiter populistisch sich am westlichen Nachbarn Deutschland zu reiben. Fortwährend schlecht geredet, droht nämlich das Verhältnis zwischen den Nachbarn dann wirklich Schaden zu nehmen. Für die polnische Regierung muss es daher heißen: Finger weg im Wahlkampf vom deutsch-polnischen Verhältnis.

100 jähriges Jubiläum der Eghalanda Gmoin

„Der Bund der Eghalanda Gmoin war Helfer und Vorbild bei der Integration der vertriebenen Egerländer nach dem Krieg. Er hat dazu beigetragen, dass die Egerländer Kultur und Geschichte als ein wichtiger und unverzichtbarer Teil deutscher und europäischer Geschichte bewusst geblieben und fortentwickelt worden ist.“ Mit diesen Worten gratulierte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bei einem Festakt in Marktredwitz dem Bund der Eghalanda Gmoin e.V. beim Festakt zum 100-jährigen Bestehen in Marktredwitz.

Am 10. November 1907 hatten die Egerländer Vereine in Tetschen den Bund der Egerländer Vereine in Österreich gegründet. „Damals entstand eine Vereinigung, die sich bereits sozialen Problemen von Egerländern außerhalb ihrer Heimatorte, aber auch dem Erhalt des Brauchtums widmete.“ Nach der Vertreibung wurde der Bund der Eghalanda Gmoin am 27. August 1950 wieder ins Leben gerufen.

Schülerwettbewerb mit Siebenbürgen und Banat

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, lobte die erfolgte Ausschreibung des Schülerwettbewerbes 2007/2008 unter dem Motto „Europa wächst – Mach mit! Willkommen Rumänien und Bulgarien“ hin. Er dankte dem Hessischen Landtag und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung für die Einbeziehung der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben in den Wettbewerb, die als deutsche Siedler in Siebenbürgen vor über 800 Jahren und im Banat vor über 200 Jahren eine neue Heimat fanden.

Der Schülerwettbewerb will auch einen Einblick in die wechselvolle Geschichte der deutschen Siedler geben und einen Beitrag dazu leisten, ihre kulturellen Leistungen und Traditionen vor dem Vergessen zu bewahren. „Auch dies ist ein Teil ostdeutscher Kulturarbeit, die von Hessen anerkannt und gefördert wird“, so Friedrich.

Förderung von Vertriebenenkultur durch EU

Gespräch zum „EU-Kulturprogramm 2007 bis 2013“ und dessen Anwendbarkeit für die Vertriebenenkultur



v.l.n.r.: Dr. Michael Luther, Jochen-Konrad Fromme, Dr. Uwe Schröder (Pommersches Landesmuseum), Prof. Dr. Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa), Herr Rösner-Kraus (Bayerisches Sozialministerium), PSts. Dr. Christoph Bergner, Jutta Fehlte (Westpreußisches Landesmuseum) und Nicola Remig (Haus Schlesien)

Am 18. September 2007 fand in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Gespräch unter der Fragestellung statt, inwieweit das Kulturprogramm der Europäischen Union für den Zeitraum 2007 bis 2013 für Aufgaben des § 96 BVFG nutzbar gemacht werden kann. Hintergrund ist das Ziel von CDU und CSU, ein europäisches Programm für die Pflege der Kultur der Vertreibungsgebiete zu schaffen. Das Gespräch fand mit Manfred

Schüller, der im Brüsseler Büro des Bundestages für Kulturfragen zuständig ist und Prof. Dr. Matthias Weber vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa statt.

Dabei wurde deutlich, dass das Kulturprogramm der EU grundsätzlich auch für die Belange des § 96 BVFG nutzbar ist, auch wenn hohe Hürden bei der Beantragung bestehen. Prof. Dr. Matthias Weber erläuterte die Möglichkeiten der Hilfestellung durch das Bundesinstitut.

Unterstützung aus Baden-Württemberg für „Zentrum gegen Vertreibungen“ beispielgebend

Jochen-Konrad Fromme zum Haushaltsbeschluss des baden-württembergischen Ministerrates

Die Erklärung des Ministerrats von Baden-Württemberg unter der Führung von Ministerpräsident Günther Oettinger, den Betrag von 100.000 Euro als symbolische Anzahlung für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zur Verfügung zu stellen, ist mehr als nur ein gutes Symbol. Es ist ein wichtiges Signal, dieses Projekt zur Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte als gesamtdeutschen Auftrag zu verstehen, der sich an Bund und Länder richtet.

Dass der Ministerrat ferner beschlossen hat, sich unter der Voraussetzung, dass sich die Hälfte der Bundesländer an dem Projekt beteiligt, an der weiteren Finanzierung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ („sichtbaren Zeichens“) zu beteiligen, beinhaltet auch das wichtige Signal, das Projekt gegen mögliche Abweichler und Blockierer zu einem Erfolg führen zu wollen.

Diese Geste Baden-Württembergs ist ein begrüßenswertes und nachahmenswertes Zeichen zur richtigen Zeit, denn es stellt zugleich eine Aufforderung an den Bund dar, in der konzeptionellen Arbeit für das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarte „sichtbare Zei-

chen“ zügig voranzuschreiten.

Wichtig ist, dass wir von Seiten des Bundes nun, nach den bisher sehr konstruktiv und gut verlaufenen konzeptionellen Beratungen, zu einem konkreten Ergebnis kommen; die haushaltspolitischen Grundlagen wurden bereits gelegt. So sind nach 750.000 Euro im Haushaltsjahr 2007 für das Projekt „sichtbares Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung („Zentrum gegen Vertreibungen“) im Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2008 1,2 Mio. Euro etatisiert.

Das Land Baden-Württemberg ist durch seine „Anzahlung“ nunmehr haushaltsrechtlich vorbildlich unterstützend vorangeschritten; nachdem vor einigen Monaten die Ministerpräsidenten Stoiber (Bayern) und Koch (Hessen) bereits eine finanzielle Beteiligung zur Verwirklichung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ angekündigt haben.

Es ist nun an der Zeit, dass auch die anderen Bundesländer sich unterstützend zu dem „Zentrum gegen Vertreibungen“, das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD als „sichtbare Zeichen“ bezeichnet ist, bekennen, um das Projekt insgesamt zu einem Erfolg zu führen.

(Fortsetzung von Seite 1) und im Gebiet Omsk besucht. Im russischen Außenministerium fand ein Gespräch mit Igor Brattschikow, Direktor des Europäischen Departments, über die Lebenssituation der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation statt. Dabei erklärt Herr Brattschikow, dass die Russlanddeutschen zu Sowjetzeiten als Problemgruppe gesehen worden sein, dies allerdings zu Unrecht. In den 30er und 40er Jahren stand ein Großteil der Deutschen loyal zur Sowjetunion; viele seien bereit gewesen, in der Roten Armee zu dienen. Da dies mit der deutschen Identität nicht möglich war, hätten viele versucht, sich eine „jüdische Identität“ zuzulegen, um die Möglichkeit zur Einberufung zu erhalten.

Seitens der Sowjetunion sieht Brattschikow eine große Schuld gegenüber dieser Gruppe; trotzdem sei bis in die 80er Jahre hinein nichts unternommen worden.

Die Hilfsprogramme für die Deutschen, die in der Ära des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Horst Waffenschmidt in den 80er und 90er Jahren aufgelegt worden seien, seien sehr gut und hilfreich gewesen. Trotzdem habe es in den 90er Jahren aufgrund der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage in der Russischen Föderation einen großen „Aderlass“ gegeben, bei dem rund 2,5 Mio. Deutsche aus der Russischen Föderation und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland ausgesiedelt sind. Die Verbände der Deutschen aus Russland würden mit ihrer Arbeit nicht als revanchistische Gruppen wahrgenommen, die Deutschen stellen heute keine Problemgruppe, sondern eine Chancengruppe dar.



Besuch der deutschen Delegation in der allgemeinbildenden Schule des Dorfes Blumenfeld im nationalen Rayons Asowo (Gebiet Omsk) von links: Klaus Brähmig, Stephan Mayer, Jochen-Konrad Fromme und der deutsche Landrat von Asowo, Bruno Reiter.

Beim Gespräch im Regionalministerium wurde der deutschen Delegation eine gute Politik für die russlanddeutsche Minderheit in Russland bescheinigt. Der Minister lobte zudem die gute Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der deutschen Minderheit und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Jochen-Konrad Fromme erkundigte sich im Rahmen des Gesprächs nach dem Stand um das Rehabilitierungsgesetz und ferner danach, die Möglichkeiten der Vermittlung der deutschen Sprache in Kindergärten und Schulen in den Siedlungsgebieten der Deutschen auszuweiten.

Der Minister erklärte, dass die deutschen Organisationen sich im Hinblick auf ein Minderheitengesetz inhaltlich überhaupt nicht einig seien. Dies betreffe vor allem die Fragen der Staatlichkeit und der (Teil-) Autonomie.

Angefragt in dem Gespräch wurden auch die Möglichkeiten für die Deutschen, ihre Kultur über die Medien zu verbreiten und von daher



Gespräch im Regionalministerium in Moskau und Austausch von Gastgeschenken: Minister Wladimir Jakowlew und Jochen-Konrad Fromme

Sprachpflege zu betreiben. Dabei wurde deutlich, dass die Deutschen, die verstreut und nicht in Rayons leben, von der Kommunikationstechnik nicht erreicht werden.

In den Räumlichkeiten der deutschen Botschaft in Moskau fand ein Treffen mit Vertretern von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) statt. Bemerkenswert an dem Gespräch war, dass sich die Situation der Nichtregierungsorganisationen, laut deren eigener Darstellung, sehr anders darstellte, als es zuvor beim Briefing durch Mitarbeiter der Deutschen Botschaft zu diesen Fragen der Fall gewesen ist. Dabei war noch mal grundsätzlich zu unterscheiden zwischen den Aussagen von russischen Nichtregierungsorganisationen und ausländischen Nichtregierungsorganisationen. So werde das NGO-Gesetz von Verwaltungen vor Ort unterschiedlich ausgelegt, was zu Restriktionen und zu Schikanen führt. So wurde von der anwesenden russischen NGO durch die Gebietsadministration die Vorlage des kompletten politischen Schriftverkehrs eines Jahres verlangt. Solche Forderungen blockieren die Tätigkeit entsprechender Organisationen. Die NGO mit Namen „Organisation zivilgesellschaftliche Kontrolle“ hat sich vor Gericht dem verweigert. Dieser Organisation droht die Schließung. Im Westen Europas herrsche, so ein Vorwurf, in der Einschätzung des neuen NGO-Gesetzes die falsche Sichtweise, das Gesetz sei durch Änderungen, die auch auf Intervention vorgenommen worden seien, erträglich geworden oder könne erträglich gemacht werden. Das Gesetz könne man nur insgesamt abschaffen.

In Nowosibirsk wurde sowohl mit der Gouverneur, dem Vorsitzenden der Gebietsduma und vor allem mit den Organisationen der Deutschen gesprochen. Beim Gespräch im Russisch-Deutschen Haus in Nowosibirsk wurden auch Anregungen und Bitten diskutiert, darunter eine politische Unterstützung bei der Rehabilitierung der Russlanddeutschen, Hilfe für die verschiedenen Altersgruppen von Russlanddeutschen im Gebiet Nowosibirsk: für die Kinder Hilfen zum Schuljahresbeginn und

Finanzierung für ein erweitertes Deutschstudium, für Jugendliche die Finanzierung von Hochschulstudien, sowie Unterstützung bei der Lösung von Zukunftsfragen und bei den Senioren Hilfe zur ärztlichen Behandlung und sozialhumanitäre Hilfe.

Rund fünfzig Kilometer südlich von Nowosibirsk wurde die Stadt Iskitim besucht, von deren 60.000 Einwohnern viele deutschstämmig

Kilometer entfernte Omsk. Dort besuchte die Delegation unter anderem die lutherische Gemeinde. Der Kirchenbau der Gemeinde war zu 100 Prozent aus deutschen Mitteln finanziert. In der Einrichtung ließ sich die Delegation die Sozial-, Kinder- und Jugendprogramme vorstellen. Besonders erörtert wurden aber Fragen der Ökumene, des Dialogs zwischen der Kirche der Deutschen und der russisch-orthodoxen Kirche.



Gespräch im Russisch- Deutschen Haus in Moskau mit Vertretern des Jugendrings der Russlanddeutschen, des Internationalen Verbandes der Deutschen Kultur und der Föderalen Nationalen Kulturautonomie: Stephan Mayer (4.v.l.), Klaus Brähmig (6.v.l.), Dr. Michael Luther (Mitte), Jochen-Konrad Fromme (6.v.r.) und Thomas Helm (2.v.r.).

sind. In Iskitim wurde die Delegation von der Leitung des Deutsch-Russischen Hauses und vom deutschstämmigen Bürgermeister von Iskitim begrüßt. Im Haus erfolgt eine umfangreiche Präsentation von Kultur- und Jugendarbeit, darunter Lesungen, folkloristische Tänze und Rollenspiele. Im Rahmen des Besuches werden einige Wünsche vorgebracht, darunter der nach einer Städtepartnerschaft mit Deutschland und der weiteren Unterstützung der deutschen Minderheit im Zusammenhang mit der Ausbildung einer Lebensperspektive zum dauerhaften Verbleib der deutschen Minderheit in der Region.

Am gleichen Tag reiste die Delegation ins 300 Kilometer entfernte Tomsk, wo am darauf folgenden Tag unter anderem ein Gespräch mit dem deutschstämmigen Gouverneur des Gebietes Tomsk stattfand. Der Oblast Tomsk entspricht etwa drei Vierteln der Fläche Deutschlands bei einer Einwohnerzahl von einer Million. Das Gespräch mit Gouverneur Dr. Viktor Kress begeisterte die Delegation und beeindruckte sie zugleich, da Gouverneur Kress den Eindruck eines engagiert für seine Region eintretenden Politikers machte, der persönlich angenehm zurückhaltend auftrat. Gouverneur Kress sah in dem Gespräch Optimierungsbedarf bei der Förderung der Russlanddeutschen, dies vor allem in Bezug auf die Förderung von Existenzgründung. Bei der Förderung von Russlanddeutschen sei in den Jahren nicht alles gelungen. Was die Entwicklung von Wirtschaftskontakten angeht, so erklärte der Gouverneur, dass er im Rahmen der Hannover-Messe Kontakt zur Salzgitter AG aufgenommen habe. Diese Kontakte seien aber nicht weiter gekommen. Als Delegationsleiter sagt Jochen-Konrad Fromme zu, sich um beide gewünschten Kontakte, sowohl zur Universität Clausthal-Zellerfeld als auch zur Salzgitter AG, zu kümmern.

Nach dem 1 ½ -tägigen Besuch in Tomsk reiste die Delegation zurück nach Nowosibirsk und von dort mit dem Nachtzug in das rund 600

Dabei stellte sich heraus, dass es in der Region keine großen Konflikte zwischen der deutschen Kirche und vor allem der russisch-orthodoxen Kirche gebe und die Nationalitätenkonflikte keine große Rolle spielten. Neben Gesprächen in der Stadt Omsk wurde vor allem der nationale Rayon Asovo besucht, wo eine starke deutsche Minderheit lebt. In der Stadt Asovo dankte Landrat Bruno Reiter in den Gesprächen für die namhafte und langjährige Hilfe aus Deutschland für die Kulturarbeit und zur Schaffung einer Lebensperspektive für die Deutschen in der Region. Mit Stolz präsentierte der Landrat die Fahne und das Wappen der Region, in dem neben den russischen Farben auch die deutschen Farben vertreten waren. Die Deutschen spielten in der Region Asovo eine wesentliche Rolle im gesellschaftlichen Leben und seien anerkannt und sehr gut integriert. Auch habe man in Asovo zahlreiche Anfragen von an einer Rückkehr nach Sibirien interessierten Deutschen.

Im nationalen Rayon Asovo besuchte die Delegation das Dorf Blumenfeld, wo unter anderem die allgemeinbildende Schule und das Krankenhaus besucht wurden. In der Schule wurden deutschsprachige Lehrmaterialien vorgestellt, die im Selbstverlag aufwendig erstellt worden waren. In der Stadt Asovo wurde das neu errichtete Sportzentrum besucht.

Am letzten Tag der Delegationsreise fanden im Russisch-Deutschen Haus in Moskau Gespräche mit hochrangigen Vertretern der deutschen Minderheit statt, bei denen der politische Stand des bis heute ausstehenden Rehabilitierungsgesetzes umfangreich erörtert wurde. Dabei wurde deutlich, dass es sehr unterschiedliche Vorstellungen bei den Deutschen betreffend des Rehabilitierungsgesetzes und dessen Ausgestaltung gibt. Besonders die Frage der Staatlichkeit führt zu Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppe. Delegationsleiter Fromme rief zur Einigkeit auf, um als Verhandlungspartner Akzeptanz zu finden.

Das Schicksal der Opfer von Flucht und Vertreibung darf niemals vergessen werden

Auszüge aus der Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, am „Tag der Heimat“

[...] Wir sind daher heute auch zusammengekommen, um die Opfer von Unrecht und Gewalt zu ehren und ihrer zu gedenken – vor allem derjenigen, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren haben. Großes Leid ist geschehen, Millionen Menschen haben furchtbares Unrecht erlitten. Ich verneige mich in Ehrfurcht vor allen Opfern von Flucht und Vertreibung. Wir dürfen ihr Schicksal nie vergessen, denn sonst werden wir schwach in unserer Bereitschaft, etwas Vergleichbares in Europa nie wieder zuzulassen. [...]

Die deutschen Heimatvertriebenen haben einen großen Anteil daran, dass ein friedliches und geeintes Europa in den vergangenen Jahrzehnten wachsen konnte. Die „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 ist ein großes europäisches Dokument, das bis heute meine große Bewunderung erfährt.

Nach dem Grauen des Krieges und nach den Schrecken von Flucht und Vertreibung streckten die Vertreter von Millionen deutschen Heimatvertriebenen die Hand aus, Vergebung und Versöhnung – das waren Schlüsselbegriffe, die sie antrieben, um mitzubauen an einem neuen Europa. [...]

Der große Brückenbauer aus Oppeln in Schlesien, Erzbischof Alfons Nossol, hat einmal gesagt: „Ohne Vergeben gibt es keine Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muss auch eine Seele haben, vor allem ein Herz. ... Aus diesem Grund müssen wir wahrhaftig verzeihen und vergeben können. Aber dies bedeutet nicht, dass wir die Vergangenheit vergessen sollten. Niemand hat das Recht, von uns zu verlangen, dass wir vergessen. ... Der Wille zu vergeben und der Wille zu vergessen sind nicht das Gleiche. [...]

Diese Worte richten sich auch an die Adresse derjenigen, die in den vergangenen Monaten versucht haben, durch das Aufbrechen alter Wunden und die Verfolgung nationaler Egoismen die europäische Einigung zu bremsen.

Und, Frau Präsidentin Steinbach, gerade auch, weil ich die „Preußische Treuhand“ ablehne, möchte ich Ihnen ganz persönlich sagen, dass das Bild auf der Homepage der „Polnischen Treuhand“, das Sie in völlig inakzeptabler Weise darstellt, von mir aufs Entschiedenste verurteilt wird – und ich begrüße es sehr, dass Sie dagegen eine einstweilige Verfügung erwirkt haben. [...]

Programm zur Stärkung der kulturellen Identität der Russlanddeutschen in Herkunftsgebieten vereinbart

Deutsch-russische Regierungskommission erfolgreich im Hinblick auf eine Unterstützung der Russlanddeutschen

Dr. Christoph Bergner erklärt: „Ich freue mich, dass sich Deutschland und Russland zu ihrer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den Russlanddeutschen bekennen. Wir begrüßen, dass mit dem Programm zur Stärkung der kulturellen Identität der Deutschen in Russland beigetragen und damit aktive Minderheitenpolitik gemäß dem Rahmenübereinkommen des Europarates geleistet wird. Mit der russischen Regierung stimmen wir darin überein, dass durch das Programm der Bleibewillen der Russlanddeutschen gestärkt wird. Das Programm ist die Basis dafür, die Hilfenpolitik am Grundsatz der Nachhaltigkeit zu orientieren. Die gemeinsame Hilfenpolitik für die Deutschen in Russland ist ein Beispiel für konstruktive deutsch-russische Kooperation.“

Die deutsche Bundesregierung hat sich im Rahmen von Regierungskonsultationen und durch Gespräche des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen Dr. Bergner mit den zuständigen Ministern der russischen Regierung beharrlich für das Zustandekommen eines solchen Programms eingesetzt. Insbesondere während der Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen im März dieses Jahres in Belokuricha war das Programm Gegenstand intensiver Verhandlungen. Das Programm richtet sich an die bis heute in Russland lebenden Angehörigen der deutschen

Minderheit. Die geplanten Leistungen des russischen Staates korrespondieren mit den Hilfeleistungen der Bundesregierung für die Russlanddeutschen und machen die Unterstützung dieser Volksgruppe zu einem gemeinsamen Anliegen der beiden Staaten. Den von russischer Seite in den Jahren 2008-2012 jährlich vorgesehenen ca. 16 Mio. Euro

stehen gegenwärtig 9,5 Mio. Euro pro Jahr von deutscher Seite gegenüber. Ziel dieses gemeinsamen Vorhabens ist die Unterstützung des ethno-kulturellen Potentials, die Verbesserung der Infrastruktur, der sozialen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Kulturzentren, Jugendinitiativen) und der Wohnsituation für die in der Russischen Föderation lebenden Angehörigen der deutschen Minderheit. Anlässlich der nächsten Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für Angelegenheiten der Russlanddeutschen, die im ersten Halbjahr 2008 stattfindet, wird die konkrete Umsetzung erörtert.



Dem aufziehenden polnischen Wahlkampf zum Trotz – gute Beziehungen zu Deutschland pflegen

Marschall der Woiwodschaft Oppeln, Jozef Sebesta, zu Gesprächen mit Vertreter der Bundesregierung in Berlin



v.r.n.l.: Parl. Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Jozef Sebesta, Marschall der Woiwodschaft Oppeln, Josef Kotys, Vizemarschall der Woiwodschaft Oppeln, Herr Dr. Bieler (Landesvertretung Rheinland Pfalz)

Zu einem zweitägigen Besuch in Berlin trafen der Marschall der Woiwodschaft Oppeln, Jozef Sebesta und Vizemarschall Josef Kotys mit Vertretern von Bundestag und Bundesregierung zusammen. Gastgeber war der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Situation der deutschen Min-

derheit in Oberschlesien. Erörtert wurden auch Möglichkeiten und Perspektiven der Mittelstandsförderung durch die Stiftung für die Entwicklung Schlesiens (SES). Marschall Sebesta stellte ein Programm mit dem Titel „Oppeln – hier bleibe ich“ vor, das dazu beitragen soll, die Abwanderungswelle aus der Region zu stoppen. Hierzu wurde auch die Unterstützung Deutschlands erbeten. Besprochen wurde auch die Frage der grenzüberschreitenden Freizügigkeit von Arbeitnehmern.

Becksteins Kritik an Benes-Dekreten berechtigt

Jochen-Konrad Fromme lobt die klaren Aussagen des künftigen bayerischen Ministerpräsidenten in Prag

Es ist sehr zu begrüßen, dass der bayerische Innenminister und voraussichtlich künftige Ministerpräsident von Bayern, Dr. Günther Beckstein, bei seinem Besuch in Prag das tschechische Festhalten an den Benes-Dekreten deutlich kritisiert hat.

Der Teil der Benes-Dekrete, der die rechtliche Grundlage für die Vertreibung und entschädigungslose Enteignung der Sudetendeutschen gelegt hat, ist unvereinbar mit dem Rechts- und Wertebestand der Europäischen Union und sollte daher abgeschafft werden. Es ist zudem nicht einzusehen, dass die Regierung in Prag an dem Fortbestand von Rechtssätzen festhält, die nach eigenen Angaben in ihrer Rechtswirkung erloschen sind, aber nach wie vor eine schwere Bürde in den Beziehungen darstellen. Dabei musste in den vergangenen Jahren festgestellt werden, dass den Beteuerungen, die Benes-Dekrete seien in ihrer Rechtswirkung erloschen, nicht uneingeschränkt Glauben geschenkt werden kann. Denn in einigen Fällen beziehen sich auch heute

noch das Innenministerium in Prag und Exekutivorgane auf die Rechtswirkung der umstrittenen Benes-Dekrete. Der tschechischen Regierung kann im Hinblick auf ein Europa als Rechts- und Wertegemeinschaft nur dringend empfohlen werden, den längst überfälligen Schritt in Angriff zu nehmen und die völkerrechtswidrigen Dekrete, die die Entrechtung und Vertreibung von Menschen ermöglicht haben, aus dem Rechtsbestand zu streichen. Längst haben Verfassungsrechtler hierzu Vorschläge gemacht, wonach dies möglich ist, ohne die Substanz der Rechtsordnung der Tschechischen Republik anzugreifen.

Sehr zu begrüßen ist auch, dass der voraussichtlich künftige bayerische Ministerpräsident das sudetendeutsche Büro in Prag besucht hat. Dies ist ein deutliches Signal, dass die Bayerische Staatsregierung auch im Ausland an der Seite ihrer Landsleute steht. Einmal mehr erweist sich der Freistaat Bayern als ein guter Partner für seinen vierten Stamm, die Sudetendeutschen.



Multiplikatoren aus der Gruppe der Spätaussiedler

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat bei der Multiplikatoren-schulung in Fulda der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland bescheinigt, dass sie mit diesen Veranstaltungen eine wichtige Integrationshilfe leistet.

„Diese seit Jahren erfolgreich praktizierten Multiplikatoren-schulungen der Landsmannschaft sind aus der Integrationsarbeit in Hessen nicht mehr wegzudenken“, so der Landesbeauftragte. Er bedankte sich bei den vielen ehrenamtlichen Multiplikatoren, die ihre Erfahrungen vor Ort bei der Arbeit mit den Spätaussiedlern erfolgreich einbringen würden. Niemand anders als die Deutschen aus Russland, die schon etwas länger hier leben, könne die heutigen Spätaussiedler besser und verständnisvoller ansprechen. Friedrich ging kurz auf die Zugänge von Spätaussiedlern nach Hessen ein. Seit 1979 hätten rund 180.000 Russlanddeutsche in Hessen eine neue Heimat gefunden.

Jochen Konrad Fromme: SED-Opferpension ist Gesetz

Über mehrere Jahre sind CDU und CSU für die Schaffung einer Opferpension für die politischen Häftlinge in der SBZ/DDR eingetreten. Nach vielen Widerständen hat dieses wichtige Instrument zur Würdigung politisch oppositionellen Verhaltens gegen die SED-Diktatur nunmehr Gesetzeskraft erlangt.

Das Inkrafttreten des 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes ist ein gutes Signal an viele Menschen in unserem Land, die auf eine Anerkennung ihres Aufbegehrens gegen das SED-Unrecht gehofft haben.

Nach langen Verhandlungen war es der Union im Frühjahr dieses Jahres gelungen, mit dem Koalitionspartner von der SPD eine solche Regelung zu vereinbaren.

In Nachverhandlungen ist es dann gelungen, deutliche Verbesserungen der ursprünglichen Vereinbarung zu erzielen. So werden bei der mit der Opferpension verbundenen Bedürftigkeitsprüfung Rentenleistungen unberücksichtigt bleiben, die wegen Alters, verminderter Erwerbsfähigkeit, Arbeitsunfalls oder Berufskrankheit sowie wegen Todes oder vergleichbarer Leistungen wie Versorgungsbezüge aus öffentlichen und berufsständischen Systemen, Betriebsrenten und Private Lebens- und Rentenversicherungen ausgereicht werden.

Mit der verwaltungsrechtlichen Umsetzung der Opferpension sind die Bundesländer beauftragt. Diese bedienen sich dabei bereits bestehender Verwaltungsstrukturen. So erfolgt die Bearbeitung der Anträge in Bayern beispielsweise über die Ausgleichsämter der sieben Regierungsbezirke, in Berlin ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales zuständig, in Brandenburg die Landgerichte in Verbindung mit dem Landesamt für Soziales und Versorgung, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die jeweiligen Justizministerien, in Sachsen-Anhalt das Landesverwaltungsamt und in Thüringen das Landesamt für Soziales und Familie. Nähere Informationen können auch über die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn eingeholt werden. Alle Berechtigten sind nunmehr aufgefordert, Anträge zu stellen.

100.000 Euro als symbolische Anzahlung beschlossen

Der Ministerrat von Baden-Württemberg unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Günther Oettinger hat beschlossen, erstmals von Seiten eines Bundeslandes Mittel für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in den Haushalt einzustellen. „Das Engagement gegen Völkervertreibungen ist ein wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung, zur Versöhnung und zur friedlichen Nachbarschaft.“ Der Ministerrat habe daher in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, dass sich Baden-Württemberg am Aufbau eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin beteiligt, sofern der Bund und mindestens die Hälfte der Länder, die zwei Drittel der Bevölkerung repräsentieren, dies gleichfalls tun. „Unabhängig davon werden wir einen Beitrag von 100.000 Euro als symbolische Anzahlung zur Verfügung stellen.“ Das sagten Ministerpräsident Günther H. Oettinger

in Stuttgart.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154